

PETITION



Bildquelle: Land Vorarlberg

Petition

für die Errichtung eines Energieautonomie-Fonds
mittels einer Landesenergieabgabe ,

um durch die Mitgestaltung bei der Rückführung der
Fördergelder **die Motivation** zum Aufbau und Betrieb
einer eigenständigen, kosteneffizienten und
enkeltauglichen Energieversorgung sicherzustellen.

Ausgangslage

- Ungehobene „Energieschätze“ der regional verfügbaren erneuerbaren Energiequellen
- Besondere schöpferische Kraft und Kreativität der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger
- Weitblick der Verantwortungsträger im Land
(Wegbereiter zum österreichischen Ökostromgesetz, freies Bodenseeufer, etc.)

Fakten

- Einstimmiger Beschluss des Vorarlberger Landtags zur Energieautonomie im Jahr 2011
Positive „partizipative“ Prozessschritte, teilweise Erfolge, aktuell aber unter Zielvorgabe
- Fallende Energiepreise, CO2 Zertifikatshandel funktioniert nicht
erschweren Effizienz- und Einsparmassnahmen sowie Investitionen in Erneuerbare
- Kaufkraftverlust in Vorarlberg durch Energieimporte von jährlich ca. 249 - 437 Mio €
- Klimawandel wird immer mehr Realität und erfordert bereits jetzt Anpassungsstrategie!

Energiebericht VlbG 2014

Energieträger	Verbrauch 2014 [GWh]	Anteil [%]	Import
Heizöl/ Kohle	831,00	8,54	831,00
Treibstoff	2.853,00	29,10	2.853,00
Erdgas	2.165,00	22,10	2.165,00
Holz	903,00	9,22	100,00
Strom	2.785,00	28,40	300,00
Sonstige	259,00	2,64	0,00
Summe	9.796,00		6.249,00



Quantitatives Ziel der Energieautonomie

- **Einsparung 2/3: 4.166 GWh**
- **Neubau EE 1/3: 2.083 GWh**

Handlungsbedarf

- **Mobilität**
 - Ausbau des öffentlichen Verkehrs (Erhöhung Taktfrequenz, Straßenbahnlinien, etc.)
 - E-Mobilität (Tankstellennetz, Speichertechnologie)
 - Infrastruktur für Fahrrad und Fußgänger (Radschnellwege)
- **Effizienz**
 - Contracting-Lösungen für therm. Sanierungen sowie Kauf / Tausch von A++ Geräten für untere Einkommensschichten
 - Dynamisierung bestehender Fördersysteme
 - Planungsleistungen für Effizienz, Konsistenz und Suffizienz
- Plus Energie Gebäude, gebäudeintegrierte Photovoltaik
- Umfassende Bewusstseinsarbeit für neuen Lebensstil



Situation für Projektbetreiber



- Unzureichende Planungs- und Investitionssicherheit um aktuelle Energieimporte (70 % vom Verbrauch) zu substituieren
- Dauerbaustelle Ökostromgesetz
 - Förderlotterie bei begrenztem Kontingent
 - Zu niedrige Erlöse für neue Kraftwerke (Kleinwasserkraft, fassadenintegrierte PV, Biogas)
 - Laufend neue Kosten – Sonnensteuer, Ausgleichsenergie..
- Marktverzerrung durch „versteckte öffentliche“ Förderungen für Atomstrom und Öl/Gas/ Kohle
- Fehlendes Impulsprogramm für intelligente dezentrale Energiesysteme inkl. Speicher

Situation für „Botschafter der Energieautonomie“

- Demotivation durch fehlende Ernsthaftigkeit bei politischen Rahmenbedingungen

z.B:

- Förderaktion für Gaskesseltausch VKW (Land)
- Förderung von Gas KWK über Ökostromzuschlag (Bund)
- Keine ökologischen Lenkungseffekte bei Steuerreform (Bund)
- Tarif von 11 Cent/kWh für 35 Jahre für engl. Atomkraft (EU)

- Förderungen für fossile Energie in den letzten Jahren mehr als 523 Mrd US\$, für EE nur ~ 80 Mrd US\$

(Zitat vom chef der Internationalen Energieagentur Faith Birol)

Ziel der Petition

- Schaffung von neuen - und Dynamisierung der bestehenden Förderprogrammen
- Sicherung bzw. Steigerung der Motivation und Innovation in der Bevölkerung / bei Betrieben und in der Verwaltung zur Umsetzung von Projekten
- Budgetneutrale Investitionen und Betriebsführung für den öffentlichen Verkehr

Strategie



- Ein wichtiger Schritt zur Kostenwahrheit
- Finanzierung direkt über Energieverbraucher
- keine Querfinanzierung aus anderen Bereichen
- Ausarbeitung der Vergabekriterien der Förderung von den Interessensvertretungen / Bürgerräten
- Umsetzung der noch offenen - und Entwicklung von weiteren enkeltauglichen Maßnahmen
- Impulsprogramm für 10 Jahre
- Wahrnehmung der Eigenverantwortung

Maßnahme/ Lösung

- **Befristete Landes-Energieabgabe von
1 Cent/kWh Strom und Gas**

Hinweis:

auf Treibstoff besteht, solange Länder keine eigene Steuerhoheit haben, keine rechtliche Grundlage für eine Energieabgabe.

entspricht Energieautonomie Maßnahmenpaket 3.52

Querschnittsmaßnahmen 3, 10, 11, 15, 18, **19**, 20

z.B. 19: Schrittweise Anpassung in Richtung Kostenwahrheit, unter anderem auch mit fiskalischen Maßnahmen

Einnahmen / Ausgaben

Einnahmen durch die Landesenergieabgabe

(Verbrauch Basis VlbG. Energiebericht 2014)

- Strom (27,86 Mio) + Gas (21,53 Mio) = 49 Mio €

Achtung: Einspar-Effekte wirken unmittelbar!

Ausgaben für Energieautonomie

Einsparung: 4.166 GWh
neue Ökokraftwerke: 2.083 GWh

Kosten für Effizienz: 0,2 - 0,5 € /kWh
= 833 - 2.083 Mio €

Kosten für Öko-Kraftwerke 0,8-1,2 € /kWh
= 1.666 – 2.499 Mio €

Erforderliche Investitionen: 2.499 – 4.572 Mio €

Amortisation

Kaufkraftabfluss durch Energieimporte

- Importmenge jährlich: 6.249 GWh
- Preis: 4 – 7 Cent/kWh
- Kosten jährlich = 249 – 437 Mio €
- Kaufkraftverlust in 35 Jahren: 8.715 – 15.295 Mio €
lineare Hochrechnung (ohne Preissteigerungen und Einspareffekte)

Investitionsvolumen für Substitution der importierten Energie:
2.499 – 4.572 Mio €

Energieabgabe Strom/Gas für 10 Jahre: ca. 450 Mio

Mit der Energieabgabe sollen Investitionen von 2,5-4,5 Mrd € ausgelöst – und eine Wertschöpfung von 250 – 437 Mio €/Jahr gesichert werden.

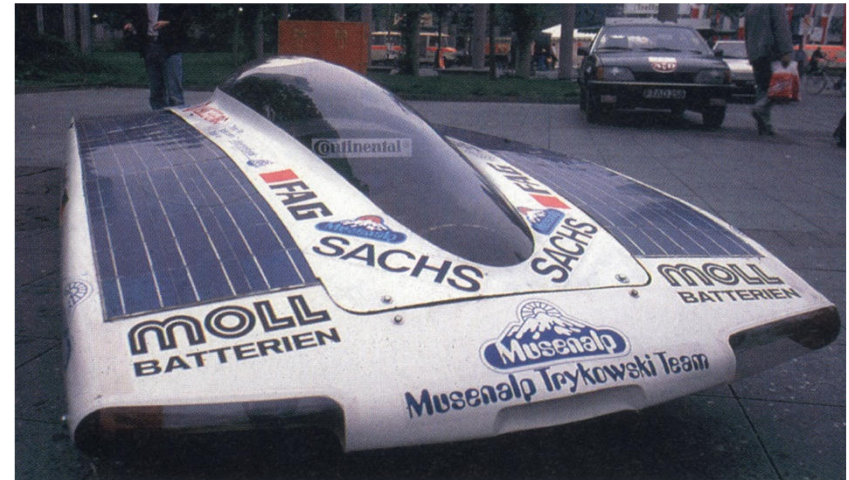
Rechtliche Aspekte

- Zweckgebundene Abgabe (keine Steuer) über Netzbetreiber auf Antrag vom Land möglich
Anfrage an Finanzministerium: sofern die Abgabe nicht außerhalb des Landes wirken kann, ist sie mit „politischer Phantasie“ nicht als Steuer zu interpretieren
- Einhebung der Abgabe über die Strom und Gastarife der Energieversorger im Land wären wettbewerbsrelevant, aber bei kreativer Produktgestaltung ebenso machbar
(Ökostromoffensive ist Ziel des Regierungsprogrammes)

Verantwortlichkeiten für die Zuteilung der Fördermittel

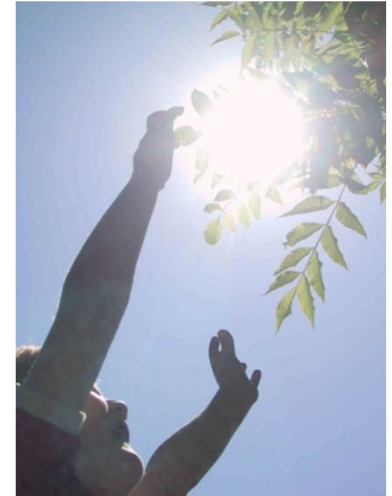
- in 7 Interessensgruppen soll die Rückführung der Abgabe festgelegt werden:
 - Wirtschaftskammer - Gewerbe
 - Industriellenvereinigung - Industrie
 - Landwirtschaftskammer - Land-/Forstwirte
 - Gemeinde-Umweltverband - Gemeinden
 - Diözese - kirchliche Bereiche
 - Büro für Zukunftsfragen - Haushalte
 - Land Vorarlberg - Landesverwaltung
- Wichtigstes Vergabekriterium : CO2 Reduzierung
- Verwaltung und Prozessbegleitung durch die Gremien der Energieautonomie Vorarlberg

Machbar weil



- Sozial vertretbar
für sozial schwache Schichten werden die Investitionen/Kosten bis zu 100% aus dem Fond übernommen, um Abhängigkeiten zu reduzieren und eine Eigenversorgung zu ermöglichen.
- Wandel zur Co2 neutralen Wirtschaft erforderlich
Der Energieautonomie-Fond schafft Basis für zielgerichtete Dynamik und Kreativität
- in Vorarlberg bestehen niedrigste Strompreise
- Möglichkeit der Abgabe vom Finanzministerium aufgezeigt
- Kosten für Klimawandel bzw. Preissteigerungen bei Energieimporte sind genauso zu finanzieren

Nutzen



- Kosten der Abgabe fließen zu 100% wieder zurück, wobei Energiekosten reduziert und Wertschöpfung gesichert werden.
- Steigerung der **Unabhängigkeit,**
Kaufkraft,
Lebensqualität
Eigenversorgung
- Getragenheit durch Partizipation
- Stabile und kalkulierbare Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Bevölkerung

Statements

- Hildegard Breiner (Obfrau Naturschutzbund Vorarlberg):
Wir brauchen eine ökologisch verträgliche, dezentrale und vom Menschen beherrschbare Energieversorgung
- Bgm. Rainer Siegele (stellvertretend für 31 Alt/Neu-Bürgermeister)
Bürger-Engagement braucht gesicherte Rahmenbedingungen
- Georg Künz (Obmann Klimabündnis Vorarlberg)
Wir sind verantwortlich für die globalen Folgen unseres Wohlstandes
- Schmidt Andreas (Obmann Alpenverein Vorarlberg):
ÖPNV und Elektromobilität erfordern massive Investitionen
- Albert Rinderer (Energiregionsmanager Großes Walsertal)
Investitionssicherheit und Planbarkeit sind für die Projektentwicklung unabdingbar
- Franz Karl Meusburger (Obmann AEEV):
massive Förderungen für Atomkraft und fossile Energie verzerren den Marktpreis, verhindern Neubau und gefährden Altanlagen
- Johann Punzenberger (Geschäftsführer der AEEV)
Nach der Vorreiterrolle für das österreichische Ökostromgesetz soll Vorarlberg weitere Schritte setzen, um eine laufende Wertschöpfung von jährlich rund 400 Mio Euro – und die Innovationskraft für eine Co2 neutralen Wirtschaft zu sichern.